

79213-2026 - Konkurss

Vācija – Vēsturisko objektu un ēku saglabāšanas pakalpojumi – Inwertsetzung des Luther-Denkmal Berlin -ID25140Ge

OJ S 24/2026 04/02/2026

Paziņojums par līgumu vai paziņojums par koncesiju — standarta režīms

Pakalpojumi

1. Pircējs

1.1. Pircējs

Oficiālais nosaukums: Grün Berlin GmbH

E-pasts: vergabemanagement@gruen-berlin.de

Pircēja juridiskais statuss: Publiskais uzņēmums

Līgumslēdzējas iestādes darbības joma: Vispārēji sabiedriskie pakalpojumi

2. Procedūra

2.1. Procedūra

Nosaukums: Inwertsetzung des Luther-Denkmal Berlin -ID25140Ge

Apraksts: Gegenstand der zu vergebenden interdisziplinären Gesamtleistung sind die für die Inwertsetzung des Luther-Denkmal Berlin auf dem Rathaus-Forum in Berlin-Mitte erforderlichen Planungsleistungen, darunter Leistungen der Objektplanung Gebäude und Innenräume §§33ff HOAI 2021 und/oder Freianlagenplanung §§39ff HOAI 2021, und, bei Bedarf, der Einbeziehung einer künstlerischen Leistung. Die Auftragsvergabe erfolgt im Wege eines Verhandlungsverfahrens mit Teilnahmewettbewerb gemäß § 17 VgV. Im Rahmen dieses Verfahrens fordert die Auftraggeberin zunächst eine unbeschränkte Anzahl von Interessenten im Rahmen eines Teilnahmewettbewerbs öffentlich zur Abgabe von Teilnahmeanträgen auf. Über den Teilnahmewettbewerb sollen bis zu 5 Bietende ausgewählt und zur Abgabe eines Angebots aufgefordert werden. Teil des Angebots sind ein Lösungsvorschlag (siehe Anlagen "Ergänzungen zur Verfahrensbeschreibung" und "Informationen zur Verhandlung") und ein Honorar- und Kostenangebot. Der Lösungsvorschlag stellt keine (Vor-)Entwurfsplanung im Sinne eines Wettbewerbsbeitrags dar, sondern dient der Darstellung des Verständnisses der Planungsaufgabe, der entwurflichen Herangehensweise sowie der interdisziplinären Arbeitsweise. Die Bewertung des Lösungsvorschlags erfolgt durch ein Fachgremium und ist Teil einer ersten Bewertung nach allen Zuschlagskriterien nach der eine Abschichtung der Bieter geplant ist (1. Stufe der Verhandlungen). Jede/r Bietende der/die in der 1. Stufe der Verhandlungen ein Angebot mit Lösungsvorschlag entsprechend des Leistungsbilds abgibt, erhält eine pauschale Aufwandsentschädigung, die zu gleichen Teilen aus der zur Verfügung stehenden Gesamtsumme von 35.700 € (brutto) auf alle Bietenden aufgeteilt wird. Die Aufwandsentschädigung wird nach Abschluss des Vergabeverfahrens gegen eine entsprechende Rechnung gezahlt. Weitere Kosten werden nicht erstattet. Eine 2. Stufe der Verhandlungen ist optional für die Erstellung eines überarbeiteten Angebots vorgesehen; die Auftraggeberin behält sich einen Zuschlag auf das Erstangebot vor. Näheres siehe Anlagen "Ergänzungen zur Verfahrensbeschreibung" und "Informationen zur Verhandlung", erhältlich auf der Vergabeplattform).

Procedūras identifikators: 3006d9ec-10ad-4fc1-bc8f-bf4e93911bc2

lekšējais identifikators: VM_25140_VgV_VmT_Ge

Procedūras veids: Sarunu procedūra ar iepirkuma iepriekšēju izsludināšanu/konkursa procedūra ar sarunām
Procedūra ir paātrināta: nē

2.1.1. Mērķis

Līguma veids: Pakalpojumi

Galvenā klasifikācija (cpv): 92522000 Vēsturisko objektu un ēku saglabāšanas pakalpojumi

Papildu klasifikācija (cpv): 92522100 Vēsturisko objektu saglabāšanas pakalpojumi, 71221000

Ēku arhitektūras pakalpojumi, 71222000 Ārpustelpu arhitektūras pakalpojumi

2.1.2. Izpildes vieta

Pilsēta: Berlin

Pasta indekss: 10178

Valsts apakšiedalījums (NUTS): Berlin (DE300)

Valsts: Vācija

2.1.4. Vispārīga informācija

Papildu informācija: Zum Zeitpunkt der Bewerbung (Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge gem. Nr. 5.1.12) sind als Nachweis der Eignung die Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) und die Zusatzklärung zur EEE (ZEEE) einzureichen. Die vom Auftraggeber (AG) bereitgestellte und den Vergabeunterlagen beigefügte Einheitliche Europäische Eigenerklärung EEE siehe: <https://eee.evergabe-online.de/> ist, soweit nichts anderes erklärt wird, von den teilnehmenden Unternehmen vollständig in allen ihren Teilen II bis VI auszufüllen, als PDF-Datei auf elektronischem Wege auf der Vergabeplattform (Textform) inklusive der vollständig ausgefüllten Zusatzklärung (ZEEE) zur EEE hochzuladen. Wird die Zusatzklärung als Excel-Tabelle zur Verfügung gestellt, ist diese auszufüllen und auf dem Platzhalter "Bewerberbogen" hochzuladen. Sofern Bewerber-/Bietergemeinschaft und/oder Unterauftragnehmer mit Eignungsleihe erforderlich sind, ist die EEE mehrfach auszufüllen. Bewerber-/Bietergemeinschaften: - haben jeweils die Mitglieder sowie eines ihrer Mitglieder als bevollmächtigten Vertreter für den Abschluss der Durchführung des Vertrages zu benennen. Dies erfolgt durch die Abgabe der in der EEE verlangten Angaben (Teil II Angaben des Wirtschaftsteilnehmers am Ende von Abschnitt A). Füllen Sie bitte a) bis b) und ggf. c) aus. Nimmt der Wirtschaftsteilnehmer gemeinsam mit anderen am Vergabeverfahren teil, trägt dieser dafür Sorge, dass die sonstigen Beteiligten eine separate EEE vorlegen. Nachunternehmer (Unterauftragnehmer mit Eignungsleihe): - Teil II Abschnitt C erfordert eine EEE mit den Abschnitten A und B dieses Teils und Teil III sowie die Angaben in der ZEEE und Teil V soweit sie für die spezifischen Kapazitäten relevant sind; Nachunternehmer (Unterauftragnehmer ohne Eignungsleihe): - wenn das beteiligte Unternehmen einen Nachunternehmer/Unterauftragnehmer einsetzen will (gem. EEE Teil II D), muss für die Unterauftragnehmer keine separate EEE beigefügt werden. Der Unternehmer muss jedoch Angaben in der EEE vornehmen und hat Angaben in Teil II A und B und das nicht Vorliegen von Ausschlussgründen in Teil III bei dem von ihm vorgesehenen Unterauftragnehmer vorzulegen. EEE Teil IV - Eignungskriterien: - die vom AG zur Verfügung gestellte Zusatzklärung zur EEE ist zwingend zu vervollständigen. EEE Teil V - Verringerung der Zahl geeigneter Bewerber: - hier muss der Bewerber zu den in der Bekanntmachung genannten Auswahlkriterien/Vorschriften/Mindeststandards Stellung nehmen. Die Nichteinhaltung von Mindeststandards führt zum Ausschluss am weiteren Verfahren. Ein allgemeines Infoblatt zur Abgabe der EEE und der Leitfaden des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) für das Ausfüllen der EEE sind bei den Vergabeunterlagen eingestellt. Zur Prüfung des Teilnahmeantrages (TNA) ist zwingend die vom AG erzeugte EEE-Anfrage (Datei: "espd-Request.xml") gem. Infoblatt Abgabe EEE zu vervollständigen und mit

der ausgefüllten ZEEE inkl. der Eignungskriterien zur EEE einzureichen. Die EEE besteht aus einer ggf. mehreren EEEs. Bei Bewerbergemeinschaften und/oder beabsichtigter Unterauftragsvergabe mit Eignungsleihe sind die entsprechenden Erklärungen in der Zusatzerklärung zur EEE anzugeben und einzureichen. Eine fehlende EEE/ZEEE führt zum Ausschluss. Nachforderungen sind ausgeschlossen. Darüber hinausgehende Unterlagen werden im Rahmen der Eignungsprüfung im Teilnahmewettbewerb nicht gefordert und nicht zur Eignungsprüfung berücksichtigt. Alle Nachweise sowie Unterlagen sind gem. Aufforderung zur Angebotsabgabe auf Verlangen des Auftraggebers einzureichen. 1) Alle Bewerbungen sind zwingend unter Benutzung der vom AG zur Verfügung gestellten Unterlagen einzureichen. 2) Bekanntmachung/EEE/Zusatzerklärung-EEE/Vergabeunterlagen sowie Hinweise/Anfragen/ Korrekturen siehe Nr. 5.1.11 Auftragsunterlagen. 3) Nur die in den ZEEEs genannten Referenzen werden einbezogen. Die bereitgestellte Zusatzerklärung bezieht sich auf die Mindestzahl von Referenzen. Bei Nennung weiterer Referenzen ist die ZEEE (Datei) ein weiteres Mal zu verwenden. 4) Änderungen in der EEE/ZEEE sind nicht zulässig. 5) Alle einzureichenden Unterlagen müssen in deutscher Sprache gestellt werden. Gleichwertige Nachweise/Erklärungen anderer Herkunftsländer sind in beglaubigter deutscher Übersetzung zwingend beizulegen. 6) Fragen sind über die Vergabeplattform bis zum in der eVergabe angegebenen Datum an die Vergabestelle zu richten. Die Kommunikation erfolgt ausschließlich elektronisch über die Vergabeplattform. 7) Der Auftraggeber wird für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, einen Auszug aus dem Gewerbezentral beim Bundesamt für Justiz anfordern. Ausländische Bieter haben gleichwertige Bescheinigungen ihres Herkunftslandes vorzulegen. Der Auftraggeber wird für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, eine eventuelle Eintragung des Bieters im Wettbewerbsregister (Bundeskartellamt) durchführen. Der Bieter (einschließlich eventueller Nachunternehmer) darf keinen Eintrag im Wettbewerbsregister haben. Der Auftraggeber wird auf der Grundlage der EU-Sanktionsverordnungen zur Bekämpfung des Terrorismus und zur Durchsetzung von Embargos (EG) Nr. 881/2002 vom 27.05.2002, 753/2011 vom 01.08.2011 sowie 2580/2001 vom 27.12.2001 eine Abfrage in den Finanz-Sanktionslisten (www.finanz-Sanktionsliste.de/fisalis/) veranlassen. 8) Bewerbergemeinschaften gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter sind zugelassen (s. Nr. 2.1.4 Allgemeine Informationen und Nr. 5.1.9 Eignungskriterien). Mehrfachbeteiligungen, d. h. parallele Beteiligung einzelner Mitglieder einer Bewerbergemeinschaft sind grundsätzlich unzulässig und können zur Nichtberücksichtigung sämtlicher betroffenen Bewerbergemeinschaften im weiteren Verfahren führen. Im Zweifelsfall haben die Bewerber nachzuweisen, dass der Wettbewerb durch die Mehrfachbeteiligungen nicht beeinträchtigt wird. Dies gilt nicht in gleicher Weise für Mehrfachbewerbungen als Nachunternehmer. Der Auftraggeber behält sich bei Bewerbern oder Bewerbergemeinschaften mit demselben Nachunternehmer vor, diese Nachunternehmer aus Wettbewerbsgründen von der Teilnahme an den Bietergesprächen auszuschließen. Die Nachunternehmerleistung kann in diesem Fall dennoch zum Gegenstand der Bietergespräche werden. 9) Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Es bestehen gesonderte Anforderungen nach dem Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetz (BerlAVG), insbesondere im Hinblick auf die Abgabe von Erklärungen, siehe Vergabeunterlagen. 10) Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern: Auswahl bei Punktgleichstand: Sollten mehrere Bewerber/Bewerberinnen an der letzten zu vergebenen Rangposition die gleiche Punktzahl erreichen, werden diese Bewerber/Bewerberinnen zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen, auch wenn dadurch die Höchstzahl überschritten wird. 11) Eine elektronische Rechnungsstellung ist zulässig, aber nicht erforderlich. 12) Angebote können ausschließlich von registrierten Bewerbern über die Vergabeplattform

(iTWOfender) in Textform eingereicht werden. 13) Die Kommunikation (Fragen, Auskünfte) erfolgt ausschließlich über die Vergabeplattform. Dabei ist das Tool Frage stellen bzw. Fragen /Antworten zu verwenden.

Juridiskais pamats:

Direktīva 2014/24/ES

vgv -

2.1.6. Izslēgšanas iemesli

Izslēgšanas iemeslu avoti: Paziņojums

Dalība noziedzīgā organizācijā: Ausschlussgründe gemäß § 123 GWB Zwingende Ausschlussgründe und gemäß Artikel 57 der Richtlinie 2014/24/EU (1) Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme aus, wenn sie Kenntnis davon haben, dass eine Person, deren Verhalten nach Absatz 3 dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach: 1. § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland), 2. § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen, 3. § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche), 4. § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden, 5. § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden, 6. § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), §§ 299a und 299b des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im Gesundheitswesen), 7. § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern), 8. den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete), 9. Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder 10. den §§ 232, 232a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung). (2) Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße im Sinne des Absatzes 1 stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich. (3) Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung. (4) Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren aus, wenn 1. das Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen ist und dies durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde oder 2. die öffentlichen Auftraggeber auf sonstige geeignete Weise die Verletzung einer Verpflichtung nach Nummer 1 nachweisen können. Satz 1 ist nicht

anzuwenden, wenn das Unternehmen seinen Verpflichtungen dadurch nachgekommen ist, dass es die Zahlung vorgenommen oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet hat. (5) Von einem Ausschluss nach Absatz 1 kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist. Von einem Ausschluss nach Absatz 4 Satz 1 kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist oder ein Ausschluss offensichtlich unverhältnismäßig wäre. § 125 bleibt unberührt.

Pienākumu neizpilde sociālo tiesību jomā: Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB Fakultative Ausschlussgründe und gemäß Artikel 57 der Richtlinie 2014/24/EU (1) Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn 1. das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat, 2. das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat, 3. das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; § 123 Absatz 3 ist entsprechend anzuwenden, 4. der öffentliche Auftraggeber über hinreichende Anhaltspunkte dafür verfügt, dass das Unternehmen mit anderen Unternehmen Vereinbarungen getroffen oder Verhaltensweisen aufeinander abgestimmt hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken, 5. ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann, 6. eine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann, 7. das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat, 8. das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln, oder 9. das Unternehmen a) versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen, b) versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder c) fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln. (2) § 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, § 98c des Aufenthaltsgesetzes, § 19 des Mindestlohngesetzes, § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes und § 22 des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes vom 16. Juli 2021 (BGBl. I S. 2959) bleiben unberührt.

5. Daļa

5.1. Daļa: LOT-0000

Nosaukums: Inwertsetzung des Luther-Denkmals Berlin auf dem Rathaus-Forum in Berlin-Mitte - ID25140Ge

Apraksts: Die Projektaufgabe ist die Inwertsetzung der vom historischen Luther-Denkmal in Berlin-Mitte erhaltenen Teile. Das 1897 nach einem Entwurf vom Plastiker Paul Otto geplante und nach dessen Tod durch den Bildhauer Robert Toberentz auf dem Neuen Markt vollendete Luther-Denkmal bestand aus einer zentralen, ca. 3,5m hohen Luther-Bronzefigur und acht Begleitfiguren, die zusammen auf einem ca. 10,5m x 10,5m großen Treppensockel gruppiert waren. Der aus rotem, schwedischem Granit aufgebaute Sockel mit einer granitenen Balustrade wurde über einen zentralen, zehnstufigen Treppenlauf erreicht. Die maximale Gesamthöhe des Denkmals betrug 8,20 m. Es galt bis zur Vollendung des Kaiser-Wilhelm I.-Nationaldenkmals an der Schlossfreiheit 1897 als umfangreichste Denkmalanlage Berlins. 1943 wurden die bronzenen Figuren des Luther-Denkmals mit Ausnahme der Lutherfigur abgebaut und vermutlich eingeschmolzen. Das Verbliebene überstand den Krieg blessiert und wurde um 1950 abgeräumt. Am historischen Ort verblieben nur die Fundamente. Die Luther-Bronzefigur und die dazugehörige Plinthe wurden außerhalb der Stadt gesichert und im Oktober 1989 nördlich der St. Marienkirche provisorisch wieder aufgestellt. Das Ergebnis eines Ideenwettbewerbs zur Schaffung eines neuen Luther-Denkmals 2016 wurde nicht umgesetzt, die Luther-Bronzefigur jedoch vom Standort nördlich der St. Marienkirche an seinen historischen Ort zurückgeführt, wieder auf einem provisorischen Sockel. Die Ausformung des heutigen Sockels werden derzeit weder der Bedeutung Luthers und seinem Denkmal, noch dem erforderlichen Informationsbedarf über Luther und die Geschichte des Denkmals noch dem zentralen, hoch frequentierten Ort gerecht. Die jetzt geplante Inwertsetzung soll am Standort des großenteils nicht mehr erhaltenen Denkmals aus dem 19. Jh. und innerhalb von dessen Grenzen stattfinden. Es wird ein Konzept erwartet, das die erhaltenen denkmalgeschützten Elemente des originalen Denkmals (Luther-Bronzefigur, Plinthe und Fundamente) restauratorisch angemessen, repräsentativ und würdig sichert und im urbanen Kontext sichtbar präsentiert und barrierefrei erreichbar macht. Lage, Form, Konstruktion und Ausgestaltung seiner Darbietung sollen dem Wirken Luthers als Reformator entsprechend zeitgemäß und angemessen sein. Eine Rekonstruktion des Denkmals von 1895 oder von Teilen davon ist nicht geplant. Obwohl das Denkmal selbst weniger städtebauliche Anforderungen mit sich bringt, ist dem städtebaulichen und freiräumlichen Kontext mit seinen vielen historischen Zäsuren, die dieser öffentliche Raum prägt, Rechnung zu tragen. Zu beachten sind die vorliegende Planung für die Neugestaltung der Freianlagen des Rathaus-Forums, das Spannungsfeld zwischen der St. Marienkirche, der Spandauer und der Karl-Liebknecht Straße, der räumliche Bezug zum Denkmal für Moses Mendelssohn sowie zu den öffentlichen Grünanlagen am Fernsehturm. Im Verfahren können Vorschläge für eine Anpassung an der vorliegenden Planung für das unmittelbare Umfeld des Luther-Denkmals (Neuer Markt) gemacht werden, deren Umsetzung die Inwertsetzung des Luther-Denkmals unterstützen würden, von deren Umsetzung die eigentliche Maßnahme zur Inwertsetzung aber nicht abhängen darf. Ziel ist es, durch eine in Form und Material angemessene Gestaltung, die auch auf die künstlerische Qualität der erhaltenen Bronze-Figur angemessen reagiert, einen Ort zur gedanklichen und emotionalen Auseinandersetzung mit der Reformation und dem Wirken Luthers zu schaffen, und diese auch für nachfolgende Generationen erfahrbar zu erhalten. Integraler Bestandteil des Konzepts ist die Planung und Herstellung einer geeigneten Informationstafel oder -stele. Für die Umsetzung der Inwertsetzung wird ein Budget in Höhe von bis zu 724.000. Euro (netto) für KG 200 bis 600 (DIN 276) bereitgestellt. In diesem Budget enthalten ist die Herstellung künstlerischer Objekte/künstlerisch hergestellter Bauteile, d.h. Material-, je nach baulicher Typologie Bau- bzw. Herstellungs- und Transportkosten, sowie Bauleistungen Dritter. Etwaiige erforderliche Gutachten, ggf. Planungsleistungen Dritter und ggf. Kosten für bautechnische Nachweise, für die fachliche und künstlerische Oberleitung, sind

im Honorarangebot enthalten. (Näheres siehe Anlage Projektinformation zur Auftragsbekanntmachung, erhältlich auf der Vergabepattform im Ordner "Projektinformationen).
Iekšējais identifikators: 0

5.1.1. Mērķis

Līguma veids: Pakalpojumi

Galvenā klasifikācija (cpv): 71222000 Ārpustelpu arhitektūras pakalpojumi

Papildu klasifikācija (cpv): 92312000 Mākslinieciskie pakalpojumi, 71221000 Ēku arhitektūras pakalpojumi

Iespējas:

Opciju apraksts: Der Auftraggeber beabsichtigt folgende optionale Leistungen: Stufe 2 (LPH 3 - 5) Stufe 3 (LPH 6 - 7) Stufe 4 (LPH 8) Stufe 5 (LPH 9) Es kann aus der zeitlichen Trennung der Beauftragung keine Erhöhung seines Honorars hergeleitet werden.

5.1.2. Izpildes vieta

Pilsēta: Berlin

Pasta indekss: 10178

Valsts apakšiedalījums (NUTS): Berlin (DE300)

Valsts: Vācija

5.1.3. Paredzamais ilgums

Darbības termiņš: 53 Mēneši

5.1.6. Vispārīga informācija

Rezervēta dalība:

Dalība nav rezervēta.

Iepirkuma projekts, kas netiek finansēts no ES fondiem

Uz iepirkumu attiecas Nolīgums par valsts iepirkumu: jā

Šis iepirkums ir piemērots arī maziem un vidējiem uzņēmumiem (MVU): jā

Papildu informācija: #Besonders auch geeignet für:selbst#

5.1.7. Stratēģiskais iepirkums

Stratēģiskā iepirkuma mērķis: Nav stratēģiskā iepirkuma

Pieeja ietekmes uz vidi mazināšanai: Cits

Veicinātais sociālais mērķis: Dzimumu līdztiesība

5.1.9. Atlases kritēriji

Atlases kritēriju avoti: Paziņojums

Kritērijs: Reģistrācija attiecīgā profesionālā reģistrā

Atlases kritērija apraksts: 1. Teilnahmeberechtigt sind Arbeitsgemeinschaften aus natürlichen Personen, die am Tag der Bekanntmachung nach den Rechtsvorschriften ihres Heimatstaates zur Führung der Berufsbezeichnung „Architektin“ bzw. „Architekt“ oder „Landschaftsarchitektin“ bzw. „Landschaftsarchitekt“ und selbständig, freiberuflich tätig sind, zusammen mit natürlichen Personen, die als professionelle Bildende Künstlerinnen, Künstler oder Künstlergruppe tätig sind. 2. Sofern in dem jeweiligen Heimatstaat die Berufsbezeichnung gesetzlich nicht geregelt ist, so erfüllt die Anforderungen, wer über ein Diplomprüfungszeugnis oder sonstigen Befähigungsnachweis verfügt, dessen Anerkennung Richtlinie 2013/55/EU (EU-Berufsqualifikationsrichtlinie) gewährleistet ist. 3. Teilnahmeberechtigt in der Arbeitsgemeinschaft sind ferner juristische Personen, zu deren satzungsgemäßem Geschäftszweck Auftragsgegenstand entsprechende Planungsleistungen gehören. Juristische Personen haben eine bevollmächtigte Vertreterin bzw. einen bevollmächtigten Vertreter zu

benennen, die bzw. der für die Planung verantwortlich ist. Die zur Vertretung bevollmächtigte Person sowie der (die) verantwortliche(n) Urheberin/Urheber des Lösungsansatzes müssen die Anforderungen erfüllen, die an natürlichen Personen als Teilnehmende gestellt werden (siehe Pkt.1 unter 5.1.9). 4. Die beabsichtigte Form des Zusammenschlusses ist im Teilnahmeantrag zu benennen.

Kritērijs izmantos, lai atlasītu kandidātus, kurus uzaicinās uz procedūras otro posmu

Kritērijs: Citi ekonomiski vai finansiāli prasījumi

Atlases kritērija apraksts: Eigenerklärung zu wirtschaftlicher und finanzieller Leistungsfähigkeit

[1] Berufshaftpflichtversicherung nach § 45 Absatz 1 Nr. 3 VgV und Abs. 4 Nr. 2 VgV [2]

Angaben Mindestjahresumsatz nach § 45 Absatz 1 Nr. 1 und Abs. 4 Nr. 4 VgV Siehe Anlage "Ergänzungen zur Verfahrensbeschreibung" zur Auftragsbekanntmachung, erhältlich auf der Vergabeplattform.

Kritērijs izmantos, lai atlasītu kandidātus, kurus uzaicinās uz procedūras otro posmu

Kritērijs: Atsauksmes par noteiktām pakalpojumiem

Atlases kritērija apraksts: Die Auswahl der Teilnehmer/innen am Teilnahmewettbewerb erfolgt aufgrund von formalen Teilnahmebedingungen und aufgrund der in Anlage "Ergänzungen zur Verfahrenbeschreibung" und Zusatzerklärung zur EEE Teil IV (ZEEE) zur

Auftragsbekanntmachung erläuterten Kriterien für die Bewertung der eingereichten

Referenzen. Je Referenz sind auf einem Referenzblatt Angaben zu machen. Näheres siehe

Anlage "Ergänzungen zur Verfahrenbeschreibung" zur Auftragsbekanntmachung, erhältlich auf der Vergabeplattform. Die Vorlage eines Referenzblattes erfolgt gemäß Formular IV 211

EU F – Aufforderung zur Angebotsabgabe. Angaben zu technischer und beruflicher

Leistungsfähigkeit [1] Referenzen nach § 46 Absatz 3 Nr. 1 VgV [2] Angaben der technischen

Fachkräfte nach § 46 Absatz 3 Nr. 2 VgV [3] Erklärung über Beschäftigte und Anzahl der

Führungskräfte nach § 46 Absatz 3 Nr. 8 VgV [1] Referenzen nach § 46 Absatz 3 Nr. 1 VgV:

Die technische Leistungsfähigkeit wird anhand der Angaben in der Zusatzerklärung EEE (Teil IV, C.) nach den folgenden Einzelkriterien bewertet. Darüberhinausgehende Informationen

über die Referenzprojekte werden nicht berücksichtigt. Die Angaben zu den

Referenzprojekten erfahren eine Bewertung nach Punkten. Bewertung der technischen

Leistungsfähigkeit anhand folgender Mindestangaben: Referenzprojekte Nr. 1 und Nr. 2: 1.

Beschreibung der erbrachten Leistung (Projektbezeichnung, Ort, erbrachte Leistungen,

Status Realisierung, Vertragsverhältnis etc.) 2. Daten (Erbringungszeitraum 3. Auftraggeber

/in, d.h. Angabe, ob diese vergaberechtlich als öffentliche oder nicht-öffentliche einzuordnen

ist. 4. Aktualität des Projekts (Die Referenz muss bis zur Frist der Einreichung des Teilnah-

meantrages an den Auftraggeber zur Nutzung übergeben sein. Die Übergabe des

Referenzprojekts darf max. 10 Jahre, ab Datum der Veröffentlichung dieser Bekanntma-

chung zurückliegen.) Referenzprojekte Nr. 3 und Nr. 4: 1. Beschreibung der erbrachten

Leistung (Projektbezeichnung, Ort, Leistungsbild, ausgedrückt durch Nennung der

bearbeiteten Leistungsphasen nach bzw. entsprechend HOAI, Honorarzone, Status

Realisierung, Vertragsverhältnis, etc.) 2. Daten (Erbringungszeitraum) 3. Auftraggeber/in, d.h.

Angabe, ob diese vergaberechtlich als öffentliche oder nicht-öffentliche einzuordnen ist (bei

mindestens einer Referenz war der Auftraggeber eine öffentliche Stelle) 4. Aktualität des

Projekts (bei den Referenzen ist mindestens bei einem Projekt die Leistungsphasen 2-8

vollständig erbracht worden. Die Übergabe des Referenzprojekts darf max. 10 Jahre, ab

Datum der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung zurückliegen). Bewertung der planerisch-

gestalterischen Leistungsfähigkeit: Bewertet wird die planerisch-gestalterische

Leistungsfähigkeit ausschließlich anhand der Angaben in der Zusatzerklärung EEE zu den

Referenzprojekten unter Berücksichtigung der Übertragbarkeit auf das anstehende Projekt

sowie den in Abschnitt 5.1 der Bekanntmachung genannten Anforderungen. Das Kriterium umfasst die folgenden Unterkriterien, die die Übertragbarkeit definieren, und berücksichtigt alle in den eingereichten Referenzblättern dargestellten Informationen, die sich auf die Referenz(en) beziehen.

- Für die Referenzprojekte Nr. 1 und Nr. 2: - es handelt sich um ein Kunstwerk im öffentlichen Raum - Integration eines bestehenden Kunstwerkes - die Referenz betrifft aufgrund der Lage oder des direkten Umfelds einen Umgang mit Denkmalschutzvorgaben - es wurde mit denkmalgeschützter Substanz gearbeitet
- Für die Referenzprojekte Nr. 3 und Nr. 4: - ein Gedenkort im Zusammenhang mit historischen Fragen/Themen/Personen /Ereignissen - öffentlicher Informations- und Lernort - Denkmalschutz war zu beachten - kirchlicher Bezug - Lage im öffentlichen Raum

Die Vorlage von Nachweisen/Angaben /Unterlagen erfolgt gemäß Formular IV 211 EU F - Aufforderung zur Abgabe eines Angebots.

[2] Angaben zur Eignung/Qualifikation der Projektbeteiligten: Folgende Mindeststandards müssen für die Projektleitung/stellvertretende Projektleitung erfüllt sein:

- Die Projektleitung weist einen Hoch- oder Fachhochschulabschluss in Architektur oder Landschaftsarchitektur oder vergleichbar nach.
- Die Projektleitung weist mind. 5 Jahre Berufserfahrung in der Objektplanung nach.
- Die Stellvertretende Projektleitung weist einen Hoch- oder Fachhochschulabschluss in Architektur oder Landschaftsarchitektur oder vergleichbar nach.
- Die Projektleitung weist mind. 2 Jahre Berufserfahrung in der Objektplanung nach.

Die Vorlage von Nachweisen/Angaben/Unterlagen erfolgt gemäß Formular IV 211 EU F - Aufforderung zur Abgabe eines Angebots.

[3] Erklärung des Bewerbers über das jährliche Mittel der in den letzten 3 Jahren (2023/2024/2025) Beschäftigten und die Anzahl der Führungskräfte des/r Bewerbers/Bietergemeinschaft und /oder der Kapazitäten anderer Unternehmen, gegliedert nach den Berufsgruppen Architekt und/oder Landschaftsarchitekten /innen. Geforderte Mindeststandards:

- Der Bewerber beschäftigt als Führungskraft mind. 1 Architekten/in oder 1 Landschaftsarchitekt/in
- Die Anzahl der Architekten/innen und/oder Landschaftsarchitekten/innen (Summe aus Büroleitung und weiteren Mitarbeitenden) liegt im Mittel der letzten 3 Geschäftsjahre bei mindestens 2
- Vorliegen der geforderten Abschlüsse für alle Mitglieder des Projektteams

Die Vorlage von Nachweisen/Angaben/Unterlagen erfolgt gemäß Formular IV 211 EU F - Aufforderung zur Abgabe eines Angebots.

Kritērijs izmantos, lai atlasītu kandidātus, kurus uzaicinās uz procedūras otro posmu

Kritērijs: Atsauksmes par noteiktām pakalpojumiem

Atlases kritērija apraksts: Die nachfolgend genannten Eignungskriterien unterliegen einem Punktesystem mit welchem der Bewerber/die Bewerberin insgesamt 200 Punkte erzielen kann (siehe ZEEE). Die bis zu 5 Bewerber/Bewerberinnen mit den höchsten Punktzahlen werden zur Abgabe von Erstangeboten einschließlich aller dazugehörigen Unterlagen aufgefordert. Für die Referenzprojekte, welche die Mindestanforderungen erfüllen, kann eine Gesamtpunktzahl von 180 Punkten erreicht werden. Für die Angaben zur Personellen Ausstattung, welche die Mindestanforderungen erfüllen, kann eine Gesamtpunktzahl von 20 Punkten erreicht werden. Für die Angaben zur Eignung / Qualifikation der Projektbeteiligten (Projektleitung; stellvertretende Projektleitung; Projektmitarbeitende) müssen die Mindestanforderungen erfüllt sein.

[4.3.1.1] Referenz 1: max. 40 Pkt. Die Punkte a) Beschreibung der erbrachten Leistung, b) Daten , Erbringungszeitraum und c) Kontaktdaten des Auftraggebers, sind Mindestangaben. Wobei Punkt a-b) ein Mindeststandard ist: Die Referenz muss bis zur Frist der Einreichung des Teilnahmeantrages an den Auftraggeber zur Nutzung übergeben sein. Die Übergabe des Referenzprojekts darf max. 10 Jahre, ab Datum der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung zurückliegen.

Auswahlkriterien Referenz 1:

[4.3.1.1.1] 10 Pkt. = Bei der Referenz handelt es sich um ein Kunstwerk im öffentlichen Raum

[4.3.1.1.2] 10 Pkt. = Die Referenz behandelt die Integration eines bestehenden Kunstwerkes

[4.3.1.1.3] 10 Pkt. = Die Referenz betrifft aufgrund der Lage oder des direkten Umfelds einen

Umgang mit Denkmalschutzvorgaben [4.3.1.1.4] 10 Pkt. = Bei der Referenz wurde mit denkmalgeschützter Substanz gearbeitet. [4.3.1.2] Referenz 2: max. 40 Pkt. Die Punkte a) Beschreibung der erbrachten Leistung, b) Daten , Erbringungszeitraum und c) Kontaktdaten des Auftraggebers, sind Mindestangaben. Wobei Punkt a-b) ein Mindeststandard ist: Die Referenz muss bis zur Frist der Einreichung des Teilnahmeantrages an den Auftraggeber zur Nutzung übergeben sein. Die Übergabe des Referenzprojekts darf max. 10 Jahre, ab Datum der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung zurückliegen. Auswahlkriterien Referenz 2:

[4.3.1.2.1] 10 Pkt. = Bei der Referenz handelt es sich um ein Kunstwerk im öffentlichen Raum
[4.3.1.2.2] 10 Pkt. = Die Referenz behandelt die Integration eines bestehenden Kunstwerkes
[4.3.1.2.3] 10 Pkt. = Die Referenz betrifft aufgrund der Lage oder des direkten Umfelds einen Umgang mit Denkmalschutzvorgaben [4.3.1.2.4] 10 Pkt. = Bei der Referenz wurde mit denkmalgeschützter Substanz gearbeitet. [4.3.1.3] Referenz 3: max. 50 Pkt. Die Punkte a) Beschreibung der erbrachten Leistung, b) Daten , Erbringungszeitraum und c) Kontaktdaten des Auftraggebers, sind Mindestangaben. Wobei Punkt a-c) ein Mindeststandard ist: Bei den Referenzen ist mindestens bei einem Projekt die Leistungsphasen 2-8 vollständig erbracht worden. Die Referenz muss bis zur Frist der Einreichung des Teilnahmeantrages an den Auftraggeber zur Nutzung übergeben sein. Die Übergabe des Referenzprojekts darf max. 10 Jahre, ab Datum der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung zurückliegen. Bei mindestens einer Referenz war der Auftraggeber eine öffentliche Stelle. Auswahlkriterien Referenz 3:

[4.3.1.3.1] 10 Pkt. = Die Referenz ist ein Gedenkort im Zusammenhang mit historischen Fragen /Themen/Personen/Ereignissen [4.3.1.3.2] 10 Pkt. = Die Referenz ist ein Öffentlicher Informations- und Lernort [4.3.1.3.3] 10 Pkt. = Bei der Referenz war Denkmalschutz zu beachten [4.3.1.3.4] 10 Pkt. = Die Referenz hat einen kirchlichen Bezug [4.3.1.3.5] 10 Pkt. = Die Referenz befindet sich im öffentlichen Raum [4.3.1.4] Referenz 4: max. 50 Pkt. Die Punkte a) Beschreibung der erbrachten Leistung, b) Daten , Erbringungszeitraum und c) Kontaktdaten des Auftraggebers, sind Mindestangaben. Wobei Punkt a-c) ein Mindeststandard ist: Bei den Referenzen ist mindestens bei einem Projekt die Leistungsphasen 2-8 vollständig erbracht worden. Die Referenz muss bis zur Frist der Einreichung des Teilnahmeantrages an den Auftraggeber zur Nutzung übergeben sein. Die Übergabe des Referenzprojekts darf max. 10 Jahre, ab Datum der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung zurückliegen. Bei mindestens einer Referenz war der Auftraggeber eine öffentliche Stelle. Auswahlkriterien Referenz 4:

[4.3.1.4.1] 10 Pkt. = Die Referenz ist ein Gedenkort im Zusammenhang mit historischen Fragen /Themen/Personen/Ereignissen [4.3.1.4.2] 10 Pkt. = Die Referenz ist ein Öffentlicher Informations- und Lernort [4.3.1.4.3] 10 Pkt. = Bei der Referenz war Denkmalschutz zu beachten [4.3.1.4.4] 10 Pkt. = Die Referenz hat einen kirchlichen Bezug [4.3.1.4.5] 10 Pkt. = Die Referenz befindet sich im öffentlichen Raum [4.3.2] Personalausstattung max. 20 Punkte als Summe folgender Unterkriterien: [4.3.2.1] Mindeststandard = Angabe der durchschnittlichen jährlichen Beschäftigtenzahl des Unternehmens und die Zahl seiner Führungskräfte in den letzten drei Jahren [4.3.2.2] Mindeststandard = Der Bewerber beschäftigt als Führungskraft mind. 1 Architekten/in oder 1 Landschaftsarchitekt/in [4.3.2.3] 10 Pkt. = Die Anzahl der Architekten/innen und/oder Landschaftsarchitekten/innen (Summe aus Büroleitung und weiteren Mitarbeitenden) liegt im Mittel der letztem 3 Geschäftsjahre bei mindestens 2 [4.3.2.4] 10 Pkt. = Vorliegen der geforderten Abschlüsse für alle Mitglieder des Projektteams [4.3.3]Eignung/Qualifikation der Projektbeteiligten: Mindeststandards [4.3.3.1] PL = weist einen Hoch- oder Fachhochschulabschluss in Architektur oder Landschaftsarchitektur oder vergleichbar nach, Die Projektleitung weist mind. 5 Jahre Berufserfahrung in der Objektplanung nach. [4.3.3.2] stellv. PL = weist einen Hoch- oder Fachhochschulabschluss in Architektur oder Landschaftsarchitektur oder vergleichbar nach. Projektmitarbeitende, Die stellv. PL weist mind. 2 Jahre Berufserfahrung in der Objektplanung nach. [4.3.3.3] Angabe weiterer Mitarbeiter

Kritērijus izmantos, lai atlasītu kandidātus, kurus uzaicinās uz procedūras otro posmu

Informācija par divposmu procedūras otro posmu:

Minimālais kandidātu skaits, ko paredzēts uzaicināt uz procedūras otro posmu: 3

Maksimālais kandidātu skaits, ko paredzēts uzaicināt uz procedūras otro posmu: 5

Procedūra notiks secīgos posmos. Katrā posmā daži dalībnieki var tikt izslēgti

Pircējs patur tiesības piešķirt līguma slēgšanas tiesības, pamatojoties uz sākotnējiem piedāvājumiem, bez turpmākām sarunām

5.1.10. Piešķiršanas kritēriji

Kritērijs:

Veids: Cena

Apraksts: Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind in den Vergabeunterlagen aufgeführt.

5.1.11. Iepirkuma dokumenti

Valodas, kurās ir oficiāli pieejami iepirkuma dokumenti: vācu valoda

Terminš papildu informācijas pieprasīšanai: 24/02/2026 11:00:00 (UTC+01:00) Centrāleiropas laiks, Rietumeiropas vasaras laiks

Adrese, kur pieejami iepirkuma dokumenti: <https://www.meinauftrag.rib.de/public/DetailsByPlatformIdAndTenderId/platformId/2/tenderId/194759>

Ad hoc saziņas kanāls:

Nosaukums: <https://www.meinauftrag.rib.de>

URL: <https://www.meinauftrag.rib.de>

5.1.12. Iepirkuma noteikumi

Iesniegšanas noteikumi:

Elektroniskā iesniegšana: Prasīts

Iesniegšanas adrese: <https://www.meinauftrag.rib.de>

Valodas, kurās var iesniegt piedāvājumus vai dalības pieprasījumus: vācu valoda

Elektroniskais katalogs: Nav atļauts

Varianti: Nav atļauts

Pretendenti var iesniegt vairākus piedāvājumus: Nav atļauts

Dalības pieprasījumu saņemšanas termiņš: 06/03/2026 11:00:00 (UTC+01:00) Centrāleiropas laiks, Rietumeiropas vasaras laiks

Informācija, ko var papildināt pēc iesniegšanas termiņa beigām:

Pircējs pēc saviem ieskatiem dažus ar pretendentu saistītos trūkstošos dokumentus var iesniegt vēlāk.

Papildu informācija: Angaben in den Vergabeunterlagen sind zu beachten

Līguma noteikumi:

Līguma izpilde jāveic saskaņā ar aizsargātas nodarbinātības programmām: Nē

Ar līguma izpildi saistītie nosacījumi: siehe Vergabeunterlagen. Eine elektronische Rechnungsstellung ist zulässig, aber nicht erforderlich.

Elektroniskie rēķini: Prasīts

Tiks izmantoti elektroniskie pasūtījumi: jā

Tiks izmantoti elektroniskie maksājumi: jā

Juridiskā forma, kas vajadzīga pretendentu grupai, kurai piešķirtas līgumslēgšanas tiesības:

Eine Bewerber- / Bietergemeinschaft hat mit Teilnahmeantrag eine Erklärung (ZEEE) aller Mitglieder in Textform abzugeben, - in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im

Auftragsfall erklärt ist, - in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der für die Durchführung des

Vertrags bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist, - dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt, - dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

5.1.15. Paņēmieni

Pamat nolīgums:

Nav pamat nolīguma

Informācija par dinamisko iepirkumu sistēmu:

Nav dinamiskās iepirkumu sistēmas

5.1.16. Papildu informācija, mediācija un pārskatīšana

Pārskatīšanas organizācija: Vergabekammer des Landes Berlin

Informācija par pārskatīšanas termiņiem: Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen: Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung oder in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, sind spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. Im Übrigen sind Verstöße gegen Vergabevorschriften innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen nach Kenntnis gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. Ein Nachprüfungsantrag ist innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, bei der zuständigen Vergabekammer zu stellen (§ 160 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB)). Die o.a. Fristen gelten nicht, wenn der Auftraggeber gemäß § 135 Absatz 1 Nr. 2 GWB den Auftrag ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union vergeben hat, ohne dass dies aufgrund Gesetzes gestattet ist. Setzt sich ein Auftraggeber über die Unwirksamkeit eines geschlossenen Vertrages hinweg, indem er die Informations- und Wartepflicht missachtet (§ 134 GWB) oder ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union vergeben hat, ohne dass dies aufgrund Gesetzes gestattet ist, kann die Unwirksamkeit nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen nach der Information der betroffenen Bieter und Bewerber durch den öffentlichen Auftraggeber über den Abschluss des Vertrags, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union (§ 135 GWB).

Organizācija, kas sniedz sīkāku informāciju par pārskatīšanas procedūru: Vergabekammer des Landes Berlin

8. Organizācijas

8.1. ORG-0002

Oficiālais nosaukums: Vergabekammer des Landes Berlin

Reģistrācijas numurs: 0204:11-1300000V00-74

Pasta adrese: Martin-Luther-Str. 105

Pilsēta: Berlin

Pasta indekss: 10825

Valsts apakšsadalījums (NUTS): Berlin (DE300)

Valsts: Vācija

Kontaktpunkts: Vergabekammer des Landes Berlin

E-pasts: vergabekammer@senweb.berlin.de

Tālrunis: +49 3090138316

Fakss: +49 3090137613

Interneta adrese: <https://www.berlin.de/sen/wirtschaft/wirtschaftsrecht/vergabekammer/>

Šīs organizācijas lomas:

Pārskatīšanas organizācija

Organizācija, kas sniedz sīkāku informāciju par pārskatīšanas procedūru

8.1. ORG-0026

Oficiālais nosaukums: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen, V M 1 - Vergabestelle für den Öffentlichen Hochbau - Referat V A

Reģistrācijas numurs: 0204:11-1301250002-89

Departaments: Abteilung V - Hochbau - Referat V M, V M 1 - Vergabestelle für den Öffentlichen Hochbau

Pasta adrese: Fehrbelliner Platz 4

Pilsēta: Berlin

Pasta indekss: 10707

Valsts apakšiedalījums (NUTS): Berlin (DE300)

Valsts: Vācija

Kontaktpunkts: SenStadt, Abteilung V - Hochbau - Referat V M, V M 1 - Vergabestelle für den Öffentlichen Hochbau

E-pasts: vergabe-hochbau@sensw.berlin.de

Tālrunis: 000

Interneta adrese: <https://www.berlin.de/sen/sbw/>

Šīs organizācijas lomas:

Iepirkuma pakalpojumu sniedzējs

8.1. ORG-0031

Oficiālais nosaukums: Grün Berlin GmbH

Reģistrācijas numurs: 0204:11-1301250002-89

Pasta adrese: Mariendorfer Damm 1 Ullsteinhaus, 3.OG

Pilsēta: Berlin

Pasta indekss: 12099

Valsts apakšiedalījums (NUTS): Berlin (DE300)

Valsts: Vācija

E-pasts: vergabemanagement@gruen-berlin.de

Tālrunis: +49 030

Pircēja profils: <https://www.berlin.de/vergabepattform/>

Šīs organizācijas lomas:

Pircējs

8.1. ORG-0032

Oficiālais nosaukums: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Reģistrācijas numurs: 0204:994-DOEVD-83

Pilsēta: Bonn

Pasta indekss: 53119

Valsts apakšiedalījums (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Valsts: Vācija

E-pasts: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Tālrunis: +49228996100

Šīs organizācijas lomas:

TED eSender

Informācija par paziņojumu

Paziņojuma identifikators/versija: 60cd0416-8b4b-4b90-b3c7-c6b5f0c04f41 - 01

Veidlapas tips: Konkurss

Paziņojuma veids: Paziņojums par līgumu vai paziņojums par koncesiju — standarta režīms

Paziņojuma apakšveids: 16

Paziņojuma nosūtīšanas datums: 02/02/2026 17:30:00 (UTC+01:00) Centrāleiropas laiks,
Rietumeiropas vasaras laiks

Valodas, kurās oficiāli pieejams šis paziņojums: vācu valoda

Paziņojuma publikācijas numurs: 79213-2026

OV S sērijas izdevuma numurs: 24/2026

Publicēšanas datums: 04/02/2026